

*Bildungspolitische Konferenz der Linkspartei in Stuttgart:*

## Soziale Gerechtigkeit in der Bildung: mangelhaft

Zur ersten bildungspolitischen Konferenz der Linken in Baden-Württemberg hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung am 17. November ins Stuttgarter Gewerkschaftshaus eingeladen. Einleitend kritisierte MdB Karin Binder, dass zwar von Ernährungsminister Seehofer Bewegungs- und Ernährungsprogramme aufgelegt würden, sich die tatsächliche Gesundheitslage aber durch Mangelernährung und mangelnde Bewegung immer mehr verschlechterte. Die Linke müsse die neue Reformkraft werden, die gnadenloses Aussortieren in der Bildung und Resignation verhindere, die zu oft in Gewalt münde.

Als Hauptreferent beklagte Prof. Dr. Christoph Butterwegge das hohe Niveau der Armut in Deutschland, von der etwa 2,8 Millionen Kinder betroffen seien. Man müsse sensibler werden für deren Wirkungen, für Stigmatisierung und Entsolidarisierung. Als Ursachen benannte er die Ausbeulung der Normalarbeitsverhältnisse, die Auflösung der Normalfamilie sowie die Arbeitsmarktreflexionen der Agenda 2010, die das Sozialstaatsprinzip untergraben und dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet hätten.

Bildung sei Teil der sozialen Frage, aber kein Königsweg zur Lösung – schon gar nicht bei monatlichen 1,57€, die Hartz-IV-Bezieher für Bildung bekämen.

Schlagworte wie Generationengerechtigkeit seien angesichts der immer ungerechter werdenden Verteilung des Reichtums Kampfbegriffe. Butterwegge schlug dagegen vor, die Normalarbeitsverhältnisse zu stärken, z.B. durch den Mindestlohn und die Erhöhung der Vermögenssteuer.

Wichtig im Bereich der Bildungspolitik sei die Ganztageschule mit ihrer Doppelfunktion der Entlastung von (z.B. allein erziehenden) Eltern und der Verbesserung der Möglichkeiten zur Förderung von benachteiligten Kindern.

Die Stuttgarter Stadträtin Ulrike Küster merkte dazu an, dass die Teilnahme an Kultur für benachteiligte Kinder wegen der Kosten oft nicht mehr möglich sei und diese auch in den Ganztageschulen oft ohne Mittagessen blieben.

Man müsse dem Fatalismus Einhalt gebieten, so der Freiburger Kinderarzt Lo-

thar Schuchmann. Er forderte ein zweites Kindergeld für Schule und Kultur sowie eine Anhebung der Kinder-Grundsicherung. Butterwegge wies hin auf die bis in die Hochschulen reichende Funktion von Armut: man murre nicht mehr.

Wenn heute in der Adventszeit für das Schulesen von Kindern gesammelt werden müsste, könne kaum vom Kinderland Baden-Württemberg die Rede sein, beklagte Erhard Korn von der GEW-Fachgruppe Hauptschulen. Zunehmend würde Armut in der Schule offenbar, gleichzeitig würden Eltern immer mehr mit Kosten belastet. So gebe es in Baden-Württemberg die größten Zuwachsraten bei Kinderarmut (+13%), in keinem anderen Land sei Schulerfolg so sehr vom Einkommen abhängig. Die Schulartenzuweisung nach Klasse 4 verstärke die Ungerechtigkeit, da arme Kinder sehr schlechte Chancen hätten, aufs Gymnasium zu kommen. In der Hauptschule würden zunehmend Arme und Migranten separiert, die pädagogische Arbeit an dieser Schule gleichzeitig durch fachfremden Unterricht, 1-€-Jobber, Hausaufgaben-Hil-

*Postmonopol*

## Ein Brief geht auf die Reise: Gelb oder blau?

Die Schwäbische Zeitung, oder besser der „Schwäbische Verlag“, hat schon seit längerem einen eigenen Postvertrieb, der immer weiter ausgebaut wird: Südmail mit Sitz in Weingarten.

So werden bereits große Teile Baden-Württembergs und ein Teil Bayerns von Südmail bzw. ihren Partnern abgedeckt. Außerdem gibt es jetzt auch eigene Briefmarken und Briefkästen, für die man dann auch in der hauseigenen Zeitung in ganzseitigen Artikeln werben kann – presse-rechtlich ist das fragwürdig. Wieso kann Südmail billiger (5 Cents bei einem Standardbrief) sein als die gelbe Post? Irgendwo muss der Differenzbetrag doch eingespart werden. Aber wo? Auffällig ist schon mal, dass man sich bei Südmail nicht als Vollzeitbriefträger bewerben kann. So heißt es auf der Homepage von Südmail unter Jobs: „Haben Sie Interesse an einem regelmäßigen Nebenjob und sind Sie volljährig?“

fe durch Hausfrauen etc. entprofessionalisiert.

Erhard Korn beklagte, dass durch das ständige Aussortieren von Kindern – vor allem durch die Grundschulempfehlungen in Klasse 4 – das unpädagogische Prinzip des Auslesens dominiere, das die erwünschte Kultur der solidarischen gegenseitigen Förderung unmöglich mache.

Er setzte sich ein für wohnortnahe Gemeinschaftsschulen, in denen die Jugendlichen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

Nach Alternativen zur Ausbildungskrise fragte Susanne Thomas von der IG Metall. Sie wehrte sich dagegen, benachteiligten Jugendlichen das Etikett „Problemschüler“ anzuhängen und plädierte für eine lebensbegleitende Bildung, wobei besonders die Schwelle Schule – Ausbildung „angepasst“ werden müsse, um den Übergang zu erleichtern. Zudem forderte sie eine Umlagefinanzierung und mehr Ausbildungs-koope-ration.

Nach der Zukunft des dualen Systems, den Möglichkeiten der Stufenausbildung und der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung des Staates wurde in der Diskussion gefragt. Gleichzeitig betonten Diskutanten die Notwendigkeit, sich auch um die Inhalte und die Qualität von Berufsausbildung zu kümmern – schließlich gehe es auch darum, Menschen zu befähigen, solidarisch und selbstbestimmt zu handeln.

Das lässt doch deutlich darauf schließen, dass man hier selbst bei einer Vollzeittätigkeit nicht mit einem ordentlichen Verdienst nach Hause kommen würde. Im Allgemeinen arbeiten bei den über 700 Postkonkurrenten im gesamten Bundesgebiet über 60%



der etwa 45.000 Beschäftigten in sogenannten Minijobs. Bei solchen Minijobs kann man mit Bruttolöhnen von etwas mehr 5 € rechnen. Der Stundenlohn für einen

Austräger bei der Post liegt bei 11,40 €, was einen monatlichen Bruttolohn von gerade einmal etwa 1600 € macht. Und dann lässt die Bundesnetzagentur verbreiten, das Problem auf dem Postmarkt seien nicht die Hungerlöhne bei den privaten Postdienstleistern, sondern die tariflich geschützten Arbeitsplätze bei der Post. Das ist blanker Hohn für die Menschen, alle Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Im Klartext heißt das: Wer 5 Cents am Brief spart, vernichtet reguläre Arbeits- und Ausbildungsplätze, schwächt Tarifverträge und fördert die Prekarisierung von Lebensverhältnissen.

### Postmindestlohn!

**Bei PIN, TNT und anderen Briefdienstleistern ist das Geschäftsmodell auf Lohndumping mit Hungerlöhnen aufgebaut. Und auf Subventionen durch das Arbeitslosengeld II – finanziert durch die Steuerzahler. So nutzen Springer und Konsorten den Sozialstaat maßlos aus. Damit muss jetzt Schluss sein!**

Besonders skurril wird es aber, wenn staatliche Behörden und Verwaltungen solch einen Service nutzen: Um Geld zu sparen, fördern sie den Aufbau von Arbeitsplätzen, bei denen Menschen nicht genug zum Leben verdienen. Die Arbeitnehmer sind somit wieder auf staatliche Unterstützung angewiesen, um leben zu können. Hier beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz. Natürlich ist auch die Deutsche Post AG keine heilige Kuh mehr, sondern ein börsennotiertes Unternehmen, das seinen Aktionären Rendite vorweisen muss. Daher werden auch hier Löhne gekürzt, Auszubildende nicht übernommen oder Teilbereiche ausgelagert. Dies ist aber ein weiteres Problem unseres Wirtschaftssystems, das ein anderes Mal behandelt werden soll.

### Zeitung und Postanbieter, Wettbewerb und Gewaltenteilung

Die Presse wird gerne als „die vierte Gewalt“ bezeichnet. Wie ist es da zu bewerten, dass Zeitungsverlage vermehrt Postdienstleistungen an Kommunalverwaltungen verkaufen? Wie im Artikel oben beschrieben gehört der Postdienstleister Südmail zum gleichen Verlag wie die „Schwäbische Zeitung“. Das ist nicht unüblich, viele Zeitungsverlage haben mittlerweile eigene Postdienstleister aufgebaut. Die Karte rechts zeigt einige von ihnen

und ihre ungefähren Tätigkeitsgebiete, die wir recherchiert haben: Der größte unter den in Baden-Württemberg tätigen Postdienstleistern ist „arriva“. arriva versorgt nahezu den gesamten badischen Raum von Konstanz bis Mannheim und ist eine Tochter von Südkurier und Badischer Zeitung. In Mannheim selbst unterhält der „Mannheimer Morgen“ die MorgenPost. Die „Heilbronner Stimme“ beliefert ihr Verbreitungsgebiet mit der Regio-Mail, um Ulm ist die „Süd West Presse“ mit „südwest mail“ tätig. Viele dieser Tageszeitungen sind in ihrer Region als Monopolisten tätig. Sie haben also entscheidenden Anteil an der Meinungsbildung in ihrem Verbreitungsgebiet. Ihre – zugegebenermaßen inoffizielle – Aufgabe im demokratischen System ist, den Bürgerinnen und Bürgern durch Information die Kontrolle der kommunalen Verwaltungen und Parlamente zu ermöglichen. Daher werden sie neben Verwaltung, Parlamenten und Justiz als die „vierte Gewalt“ bezeichnet. Ein demokratisches System braucht die Gewaltenteilung. Keine der Gewalten darf in die Abhängigkeit einer anderen geraten. Viele Stadtverwaltungen, z.B. in Ravensburg, Bad Wurzach oder Wangen, verschicken nun Post mit Südmail. Es fließen also erhebliche Geldmengen von der Verwaltung an die Presse. Dies ist aus demokratischer Sicht höchst bedenklich.

Auch fairer Wettbewerb kann so kaum

stattfinden: Welcher kommunale Entscheidungsträger will schon die Lokalpresse gegen sich aufbringen? Die Stadt Weingarten verschickt ihre Post übrigens mit der Deutschen Post: Diese ist in Weingarten ein großer Arbeitgeber, da sie hier ein Sortierzentrum mit 400 Beschäftigten unterhält. Wie soll ein Markt bei diesen Abhängigkeiten funktionieren?

(aus „Neues Ravensburg“)

Die Bahn – global, lokal scheißegal?

## Bahnprivatisierung, Stuttgart 21 und Kürzungen bei der Frankenbahn

Die Folgen von verfehlter Bahnpolitik sind im nördlichen Landkreis Heilbronn geradezu beispielhaft zu verfolgen. Elf Zugverbindungen wurden seit 2005 gestrichen, allein im Juni 2007 hat das Land 2,1 Millionen Bahnkilometer gekürzt und sparte damit 18 Mio. Euro ein. Bundesweit ist das Land damit „Spitze“. Neun Bundesländer haben überhaupt keine Bahnkilometer abbestellt, und sechs Bundesländer bedeutend weniger als das „reiche“ Ba-Wü. Daraufhin gründete sich im September 2007 die überparteiliche Bürgerinitiative 780 Frankenbahn mit starker kommunaler Verankerung. Jetzt konnte die BI auf ihrer zweiten öffentlichen Veranstaltung in Roigheim am 20.11.07 erste Erfolge vermelden. 13% der gekürzten Bahnkilometer sollen wieder eingestellt werden, laut BI allerdings nur ein „Topfen auf den heißen Stein“.

Immerhin, (Nahverkehrs-) Politik im nördlichen Landkreis ist zur Zeit spannender den je. Da stimmt der CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Lasotta im Landtag im Juni 2007 zu, dass das Land BaWü die 2,1 Mio Bahnkilometer kürzt. Nachdem der berechtigte „Aufschrei der Empörung bis nach Stuttgart zu hören gewesen war“ (HST 16.11.07), erklärt er sich dann auf der Veranstaltung in Roigheim bereit, die Unterschriftensammlung gegen die verfehlte Bahnpolitik zumindest durch Übergabe an die Nahverkehrsgesellschaft mit zu unterstützen. „Es ist wichtig, dass die Bürger vor Ort die Prioritäten festlegen,“ erklärte Lasotta.

Bei der aus dem Plenum aufgeworfenen Alternative „Stuttgart 21 oder Frankenbahn“, zeigte sich allerdings, dass die Prioritäten deutlich unterschiedlich gesehen werden zwischen den drei Abgeordneten (Lasotta, Nilius, und Strobl) die alle drei Stuttgart 21 befürworteten und den Leuten im Saal.

## Wirtschaftspolitik *aktuell*

Nr. 23, Dezember 2007  
ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik  
<http://wipo.verdi.de> – [wirtschaftspolitik@verdi.de](mailto:wirtschaftspolitik@verdi.de)



### Postmindestlohn!

Bei PIN, TNT und anderen Briefdienstleistern ist das Geschäftsmodell auf Lohndumping mit Hungerlöhnen aufgebaut. Und auf Subventionen durch das Arbeitslosengeld II. Mit einem tariflichen Mindestlohn von acht bis 9,80 Euro geht die Rechnung nicht mehr auf.

Springer versucht die Politik mit dem Rauschmiss von 1.000 Beschäftigten bei PIN zu erpressen. Politisch soll vorgeführt werden, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet. Auf dem Rücken von Tausenden von Kolleginnen und Kollegen! Jedoch: Ohne Postmindestlohn wären bei der Post AG bis zu 32.000 Arbeitsplätze bedroht.

Jetzt zeigt sich: Ohne Lohnsubvention durch den Staat funktioniert das Geschäft von PIN und TNT nicht. Insolvenz haben bisher die Steuerzahler hinausgezögert. Sie haben die Sozialleistungen finanziert, mit denen der Lohn auf das Lebensnotwendige aufgestockt wurde.

Eigentum verpflichtet, heißt es im Grundgesetz. Doch Springer und Konsorten nutzen den Sozialstaat maßlos aus.

Bisher hat die Regierung Lohndumping nicht konsequent bekämpft. Obwohl das Postgesetz dies vorschreibt. So sind Dumping-Raubritter ermutigt worden mit Hungerlöhnen ihr Geschäft zu machen. Damit muss jetzt Schluss sein!



Der neu gegründete Ortsverband Untere Kocher, Untere Jagst des Kreisverbandes Heilbronn DER LINKEN befasste sich auf seiner ersten öffentlichen Veranstaltung in Möckmühl ebenfalls mit dem Thema und lud alle Interessierten ein. Ein Flyer der Bundestagsfraktion DER LINKEN gegen die Bahnprivatisierung wurde dazu zusammen mit einem lokalen Einladungsflugblatt in einer Auflage von fast tausend Stück entlang der Bahnstrecke Jagstfeld-Möckmühl ebenso verteilt wie auf einem Info-stand auf dem Marktplatz von Möckmühl. Diskutiert wurde mit der baden württembergischen Bundestagsabgeordneten Karin Binder, die in der Fraktion DER LINKEN Verbraucherpolitische Sprecherin ist. Trotz recht geringer Beteiligung, war die Veranstaltung inhaltlich gelungen, nicht zuletzt durch die sehr kontroversen Diskussionsbeiträge des örtlichen CDU-Vorsitzenden von Möckmühl. Karin Binder erläuterte den aktuellen Stand in Sachen Bahnprivatisierung und konterte auch kompetent die Ausführungen des CDUlers in Sachen Stuttgart 21. In der Diskussion waren sich die anwesenden Mitglieder der Linken aus dem Ortsverband Untere Kocher – Untere Jagst einig, dass sie auch 2008 an dem Thema Stuttgart 21 und Kürzungen bei der Frankenbahn dran bleiben wollen. (jom)

## Autogerechte Stadt?

In den letzten Jahren haben sich in den westlichen Stadtteilen von Heilbronn vier Bürgerinitiativen gebildet, die gegen den zunehmenden Verkehr vor Ort protestieren. Ständige Staus und viele LKWs bringen die Bürger auf die Palme. Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen, parkten die Anwohner in Kirchhausen entlang der Durchgangsstraßen ihre Autos einfach mal vorschriftsmäßig und plötzlich kam der Schwerlastverkehr zum Erliegen. Durch Kirchhausen führt die Umgehungsstraße der A6, folglich wird der Heilbronner Stadtteil bei jedem Stau auf der Autobahn vom Verkehr regelrecht überrollt. Die Gehsteige sind nicht mehr sicher, weil sie von LKWs als Ausweichflächen (besonders in den Kurven) benutzt werden. Das Überqueren der Straßen ist dort inzwischen lebensgefährlich, weil sich viele Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten. Nach dem die Bürger zur Selbsthilfe gegriffen und den Verkehr zum stehen gebracht hatten reagierte die Stadt. Unverzüglich wurden neue Schilder aufgestellt, welche die Geschwindigkeit auf 30 km beschränken. Doch die Anwohner klagen weiterhin über Lärm- und Feinstaubbelastung, Erschütterungen der Häuser und

zu viele Autos. Genauso ergeht es auch den Klingenbergern. Vor allem während der Hauptverkehrszeiten bilden sich dort kilometerlange Staus durch den ganzen Ort und fast bis nach Böckingen hinein. Viele Klingenberger sind schon weggezogen. Sie fühlen sich seit vielen Jahren von der Stadt im Stich gelassen. Auch in Böckingen, entlang der Großgartacher Straße, regt sich Widerstand. Dort leidet die Bevölkerung nicht nur unter den Staus während des Berufsverkehrs, sondern auch unter der steigenden Zahl von „Mautflüchtlingen“, welche entlang der B 293 von Karlsruhe die Autobahnmaut „umfahren“.

### Ausbau der Saarlandstraße

Die Stadt will die Saarlandstraße bis zum Jahr 2012 ausbauen, um den ganzen Verkehr von Westen (Kraichgau und Zabergäu) nach Heilbronn über eine vierspurige Fahrbahn zu lenken. Doch auch hier formiert sich der Widerstand. Es wird mit bis zu 30 000 Fahrzeugen pro Tag gerechnet, die das Wohngebiet Kreuzgrund dann endgültig in zwei Hälften zerschneiden würden. Um die Grenzwerte einzuhalten wurde das „reine Wohngebiet“ zu einem „allgemeinen Wohngebiet“ herabgestuft. Lediglich eine sieben Meter hohe und 1,5 km lange Lärmschutzwand sollen die Anwohner schützen. Und von der Stadt wurde der Einbau von Lärmschutzfenster empfohlen. Für das anliegende Krankenhaus Gesundbrunnen gibt es (bisher) keine gesonderten Schutzmaßnahmen. Aber die Patienten werden sich dann bei ihren Spaziergängen an der „frischen Luft“ sowieso an den vielen Autos erfreuen müssen.

Neben der BiT (Bürgerinitiative Tunnellösung) hat auch der BUND einige Forderungen zum Umbau der Saarland Straße aufgestellt. Während die BI eine Tunnellösung favorisiert (Zusatzkosten laut Stadt = 60 Mio. Euro) unterstützt der BUND eine „Trogbauweise“ mit Deckel. Doch vor allem der Schutz der ehem. Sand- und Kiesgrube Ingelfinger liegt ihm am Herzen. In diesem „Geotop“ haben noch einige Amphibienarten „überlebt“. Die neue Straße sollte möglichst in großem Abstand zu der Sandgrube gebaut werden. Von der Sandgrube soll es eine Verbindung zur Leintalau geben, die Laichgewässer sollen optimiert werden und die Rückzugsräume des Rebhuhns sollen erhalten bleiben. Außerdem schlägt der BUND bei der Verlängerung der Saarland Straße eine Verbindung mit der Hunder Straße (Gewerbegebiet Böckingen) vor. Dabei wäre ein geringerer Flächenverbrauch, weniger Zerschneidung landwirtschaftlich genutzter Fläche, eine geringere Beeinträchtigung hochwertiger Lebensräume und vermutlich weniger Kosten (kürzere Neubaustrecke) zu erwarten. Und schließlich soll die Leintalstraße (zwischen Frankenbach und der B 293) zu einem Feldweg rückgebaut werden. Somit

könnten die Leintalauen und die Sandgrube Ingelfinger ein geschlossenes FFH-Schutzgebiet werden. Natürlich würde die verlängerte Saarland Straße den Verkehr auf der B293 im Bereich der Großgartacher Straße vermindern. Dort könnte dann ein Fahrverbot für (Transit-)Laster durchgesetzt werden. Auch in Frankenbach könnte sich das Verkehrsaufkommen reduzieren (Rückbau der Leintalstraße und Durchfahrtsverbot für Lkws). Mit dem Anschluss der Saarlandstraße an die B 293 soll auch die Südostumfahrung von Leingarten im Jahr 2013 fertig sein. Dann würde der Verkehr aus dem Zabergäu nicht mehr durch Klingenberg „fließen“ sondern hinter Nordheim in Richtung Leingarten zur B 293 umgelenkt. Und die Theodor-Heuss-Straße in Klingenberg könnte endlich zur 30 km Zone werden.

### Alternativen

Aber, kann man die Verkehrsprobleme nur mit weiterem Straßenausbau lösen? Das hat man doch schon in den 70er Jahren versucht und hat nichts erreicht. Muss nicht der Individualverkehr verringert und die Güter über die Bahn (oder ein anderes Verteilungssystem) befördert werden? Will Heilbronn immer noch eine autogerechte Stadt werden (ECE-Center in der Stadtmitte, Parkhäuser in der Stadtmitte, anstatt am Stadtrand mit S-Bahn- oder Bus-Anschluss)?



Vision der Vergangenheit: Autogerechte Stadt

Den Kirchhausener Bürgern kann nur die Verlegung der Umgehungsstraße helfen. Die Böllinger Höfe wären dann für Lkws nur noch über die Autobahnausfahrt Untereisesheim oder die Neckartalstraße erreichbar. Oder die Böllinger Höfe könnten über den Heilbronner Hafen beliefert werden. Der Güter- und Personenverkehr aus dem Zabergäu könnte über die alte Trasse der Zabergäubahn nach Heilbronn rollen, wenn beim Bau des Südabschnittes der Stadtbahn auch das Zabergäu angeschlossen würde. Auch der Nordabschnitt der Stadtbahn wird den PKW-Verkehr in die Stadt ab 2010 verringern. Die „Hafenbahn“ im alten Industriegebiet könnte erweitert werden, damit die Güter vom Hauptbahnhof direkt zu den Betrieben transportiert werden könnten. Und auch das Radwegenetz in Heilbronn und zu den Stadtteilen müsste ausgebaut werden. Vielleicht werden eines Tages sogar die Stadtteile mit der Stadtbahn erreichbar sein. rudi

# Haushaltsberatungen in der Stadt Heilbronn

**Um als normaler Bürger die Haushaltsberatungen im Gemeinderat verfolgen zu können, bedeutet dies auch in Heilbronn: mehrstündige Präsenz bei den Sitzungen. Was tun als Lohnabhängiger, der eben just zu den Zeiten, wo der Gemeinderat tagt, malochen muss?**

**Genau: Er recherchiert jenseits der aktuellen Sitzungstage und bemüht sich – auch unter Zuhilfenahme der lokalen Monopolpresse – einen Überblick zu verschaffen. Hier nun eine kleine Übersicht über das, was von den im Gemeinderat vertretenen Parteien eingebracht und beantragt wurde. Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2008/2009 erfolgt in Kürze.**

## Die Grünen

Vor den nächsten Etatberatungen in zwei Jahren fordern die Grünen eine Bürgerversammlung, um den BürgerInnen Heilbronn den Haushalt zu erläutern. Auch das Einbringen eigener Anträge soll dann möglich werden. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, ein Konzept über Bürgerbeteiligungen bei den städtischen Informations- und Entscheidungsprozessen zu prüfen. Um auch zukünftig bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können, beantragte die grüne Fraktion eine Bedarfsanalyse und forderten die Verwaltung auf, zu prüfen, ob die Mietobergrenzen nicht nach Stadtteilen gestaffelt werden können.

Die geplanten Straßenbauten in Böckingen, Klingenberg, Frankenbach und Kirchhausen befürworteten die Grünen mit der Begründung, die dortigen Menschen vor Verkehrslärm, Abgasen und Gefahren schützen zu wollen. Ihr Sprecher K.H. Kimmerle warnte allerdings vor überdimensioniertem Straßenbau.

Die vom GR beschlossene Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen, der geplanten Weiterführung der Stadtbahn und der „Experimenta“ im Hagenbucher attestierte er „grüne Spuren“. Ein weiteres Ziel der Fraktion ist der Ausbau des Rad- und Fußwegeleitsystems. Kimmerle plädierte für eine mindestens sechsjährige Basisschule für alle, Abschaffung der Hauptschule und für gebundene Ganztagesklassen. Außerdem forderte er mehr Personal an allen Schularten. Für finanzschwache Familien solle es ein Zuschuss für das Schulessen geben (beantragt: 100 000 für 2008 und 2009). Weiterhin forderten die Grünen einen Bericht über die Privatisierung der Reinigungsdienste in den städtischen Gebäuden und die Einrichtung einer zentralen Wohnungs-Clearingstelle.

## SPD

S. Mösse-Hagen beschäftigte sich ebenfalls

ausführlich mit der kommunalen Familien- und Kinderpolitik. Auch sie möchte 100 000 € pro Jahr in einen Sozialfonds einbringen, um Kinder/Familien bei der Schulesensversorgung zu unterstützen. Die Stärkung der Innenstadt und der Stadtteile sind für die SPD-Fraktion zentrale Eckpunkte künftiger Kommunalpolitik. Eine kommunale Förderung von Zukunftsbranchen wie Biochemie, Medizin und Umweltechnik, die bisher in Heilbronn nicht vorhanden seien, böte Garantie für Wohlstand und sozialen Frieden.

Die Fraktionsvorsitzende forderte die Streichung der Wiederbesetzungssperre. Wohnungspolitik für die Innenstadtentwicklung stellt für die SPD ein wichtiges Thema dar. Daher müsse die Stadt attraktiven, preiswerten und exklusiven Wohnraum anbieten.

## CDU

Fraktionsvorsitzender A. Thrombetonte die „einzigartige Chance“ auf dem Fruchtschuppen-Areal einen neuen Stadtteil von hoher Qualität zu entwickeln. Um den Wegzug junger, bauwilliger Familien zu verhindern forderte er attraktive Wohnbauflächen insbesondere in Biberach, Kirchhausen und Sontheim auszuweisen.

Um den Hochschulstandort Heilbronn nicht zu gefährden, sei die CDU offen, wenn Grundstücke oder Gebäude benötigt werden. In diesem Zusammenhang und mit Blick nach Schwäbisch Hall, kritisierte er die Tendenzen, dass „nahezu jede Kleinstadt“ mit spendablen Unternehmen sich eine Hochschule einrichten wolle.

Als größte Abgabe- und Steuerreduzierung der Stadtgeschichte bewertete er die Abschaffung der Kindergartengebühren. Die CDU will in einem Prüfungsantrag ausloten lassen, ob es für Audi eine Kfz-Teststrecke auf einem Teilgebiet der früheren Mülldeponie am Wartberg geben könne.

## FDP/FWV

N. Weimann redete für die FDP/FWV. Er tat dies aus der Sicht des Jahres 2010. Die Stadt habe dank Stadtgalerie und Klosterhof plus einem neuen Parkleitsystem „verlorenes Terrain zurückerobert“. Der katastrophale Zustand des Verkehrsflusses sei durch zweckmäßige Kreisel verbessert worden. Durch einen Fördertopf seien sozial benachteiligte Kinder insb. in der Haupt- und Realschule die Teilnahme an Schullandheimen ermöglicht worden. Der soziale „Niedergang“ einzelner (Innen)Stadtquartiere habe gestoppt werden können, die Neckar-

vorstadt habe sich „qualitativ hochwertig“ entwickelt.

Die Fraktion forderte in ihren Einsparungsanträgen die Reduzierung des Zuschusses für die Frauenbeauftragte (insgesamt 14 400 für 2008 und 2009).

## Reps

Wie immer formulierte A. Dagenbach seine subtile nationale Hetze, in dem er forderte, sämtliche Zuschüsse für „Asyl- und de-facto Flüchtlinge“ einzusparen. Details möchten wir den LeserInnen ersparen...

*jüp*

## Spenden für das Friedensbüro

Ende April 1992 wurde für die wenigen Unentwegten aus der Friedensbewegung in Heilbronn ein Traum Wirklichkeit. Der Christliche Verein Junger Menschen Heilbronn (CVJM) übernahm die Trägerschaft für das Friedensbüro. In diesem Büro werden alle Informationen aus der Friedensbewegung gesammelt, die bisher auf wenige Gruppen und Einzelpersonen verteilt waren. Es werden vielfältige Kontakte vermittelt und Informationen der interessierten Öffentlichkeit zentral zugänglich gemacht. Ferner koordiniert das Friedensbüro Kundgebungen, Mahnwachen und Veranstaltungen zum Friedensthema und verwandte Bereiche. Die Friedensbewegung, und dies nicht nur in Heilbronn, hat sich weiter entwickelt. In den 80er Jahren war sie fast nur eine reine Antiraketenbewegung. Mittlerweile arbeiten wir im Friedensbüro mit vielen anderen Gruppen zusammen. Es sind dies 3. Weltgruppen, amnesty international, Greenpeace sowie Gruppen, die sich um Flüchtlinge und Asylbewerber bemühen. Dieser Wandel vollzog sich hin zu einer Bewegung, die Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zum Ziel hat. Das Friedensbüro Heilbronn arbeitet selbständig, ist aber dringend auf Unterstützung angewiesen. Wir bitten deshalb alle, die uns finanziell unterstützen wollen, möglichst einen Dauerauftrag über 10 Euro (oder mehr) monatlich auf unser Konto bei der Kreissparkasse Heilbronn 62050000, Kontonr. 111607 zu überweisen. Dankbar sind wir auch für Einzelspenden (Spendenquittungen werden nach Ablauf des Kalenderjahres unaufgefordert zugesandt).

Das Friedensbüro ist in der Regel jeden Donnerstag ab 17.00 Uhr geöffnet. Telefonisch sind wir jederzeit über den Anrufbeantworter (07131/962627) erreichbar, der täglich abgehört wird. Ständig erreichbar sind wir über Telefax (07131/506741) oder eMail (info@fb-hn.de). [www.fb-hn.de](http://www.fb-hn.de), Jeanette Wern und Werner Winter



## Vorsicht! PRO Heilbronn

Seit Sommer 2007 ist die Bürgerbewegung PRO Deutschland auch in Heilbronn aktiv. Der Vorstand von PRO Heilbronn besteht aus den REP-Stadträten A. Dagenbach und H. Aucher sowie dem ehemaligen REP-Stadtrat Dr. Haellmigk. Dagenbach ist auch einer der führenden Köpfe der Bürgerbewegung PRO Deutschland in Baden-Württemberg (aktiv in Mannheim, Ravensburg, Karlsruhe, Pforzheim...). Außerdem gehört er seit November 2006 dem Bundesvorstand der Bürgerbewegung PRO Deutschland an. Sein REP-Partei-freund F. Steiniger wurde ebenfalls in die Riege von PRO Deutschland gewählt. Unter einem ähnlichen Namen sind bei der Bundestagswahl 1998 „andere Parteien“ aus dem rechtskonservativen Spektrum aufgetreten: Pro DM und PRO (Partei für Rechtsstaatliche Ordnung). PRO war die bundesweite Nachfolgepartei der Schill-Partei des ehemaligen Hamburger Innensenators R. Schill. Die Bürgerbewegung PRO Deutschland wurde offiziell am 20. Januar 2005 in Köln gegründet. Sie will eine Plattform für demokratische Patrioten sein. Bei der Bundesversammlung am 18.11.2005 in Bonn trat Alfred Mechttersheimer als Gastredner auf. Die Partei sitzt im Stadtrat von Frankfurt (Oder) und in Köln. Sie war/ist in mehreren Großstädten gegen die Aufnahme der Türkei in die EU, gegen die Islamisierung der Gesellschaft und den Bau von Moscheen aktiv.

In Heilbronn setzt(e) sich PRO Heilbronn für ein Fahrverbot für LKWs in Böckingen ein. Entlang der Großgartacher- und Wilhelm-Leuschner-Strasse stellte sie Plakate mit der Aufschrift: „LKW raus“ und „Mautpreller raus – PRO Heilbronn“ auf. Inzwischen haben sogar einige Anwohner der Großgartacher Strasse diese Plakate dauerhaft bei sich aufgehängt. Im Herbst 2007 führte sie einen Infostand im Zen-

trum von Böckingen durch und sammelte dabei auch Unterschriften für ein Fahrverbot von LKWs auf der Grossgartacher Strasse (B 293). Die Bürgerbewegung PRO Heilbronn hat Vertreter in Frankenbach (Fred Steininger), Klingenberg (Heiko Aucher) und Leingarten. Ihr Programm beinhaltet neben den verkehrspolitischen Standpunkten (Bau der Neckar-Alb-Autobahn, Prüfung der Notwendigkeit eines Verkehrslandeplatzes und Bau weiterer Umgehungsstrassen) auch rechts-populistische Forderungen (Deutschland ist kein Einwanderungsland und: ...auch kommunale Politik muss bereit sein, aus dem Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“ Konsequenzen zu ziehen...) *rudi*

## Ende bei Molex

### Folge des Verlagerungswahns

Früher arbeiteten über 300 bei Molex in Heilbronn-Biberach. Bald muss auch der Letzte gehen. „Der Fall Molex ist ein schlimmes Beispiel über die Folgen des Verlagerungswahns unserer Zeit“, sagt Werner G. Schrott, der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall im Unterland. Die Lehre (auch für Kolbenschmidt): „Wer die Produktion nach und nach ausdünn, kann auf Dauer das ganze Werk gefährden.“ So haben in den Hochzeiten bei Molex in Heilbronn-Biberach 300 Frauen und Männer und sehr viele Heimarbeiterinnen gearbeitet. Übrig geblieben ist mittlerweile nur noch die Entwicklungsabteilung mit 26 Beschäftigten, die Ende März 2008 nach Bretten-Gölshausen verlagert wird.

Vor fünf Jahren ließ der US-Konzern Molex in Biberach die Kunststoffspritzerei und die Fertigung in die Slowakei verlagern. 110 Männer und Frauen bekamen deshalb

den „blauen Brief“. Ein Jahr später wurden die Stanzerei, der Werkzeugbau und die Galvanik nach Irland verlagert. 80 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz. 2005 ließ Molex neben anderen Bereichen sogar den Musterbau schließen. „Das kam mir vor wie beim Monopoly-Spiel“, erinnert sich Francesco Carabetta, der Betriebsratsvorsitzende, der im 24. Jahr in Biberach arbeitet. Verlierer, so der Maschinenbautechniker, „waren immer die Beschäftigten“. Bei Protestaktionen und Verhandlungen haben der Betriebsrat und die IG Metall immer wieder daraufhingewiesen, „dass ein Werk und eine Entwicklungsabteilung auf Dauer nicht auf das fachliche Wissen in der Produktion verzichten kann“, erinnert sich Werner G. Schrott. Leider habe man Recht behalten. *aus metall 12/07*

## Leiharbeit hat sich verdreifacht

Die Leiharbeit – dies ist fast ausnahmslos schlecht bezahlte Arbeit – hat sich in der Metallindustrie im Unterland seit 2005 nahezu verdreifacht. Dies ergab eine Befragung der IG Metall. Die Gewerkschaft hält die Entwicklung für verhängnisvoll und fordert eine Umkehr. Zwei Beispiele.

Von den 250 Beschäftigten in der Karosseriefertigung bei Drauz in Heilbronn sind 150 Leiharbeiter, die bis zu drei Euro weniger verdienen als es der Metalltarifvertrag vorschreibt. Der Betriebsrat fordert deshalb in Heilbronn und beim gesamten Thyssen-Krupp Drauz Nothelfer-Konzern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, berichtet Betriebsratsvorsitzender Martin Dreher. Zudem achtet man drauf, dass die schlimmsten Verleiher gar nicht mehr zum Zuge kommen. So hat ein Heilbronner Unternehmen, das den gesamten Verleih im Auftrag der Personalabteilung managen sollte, versucht, die Beschäftigten anderer Verleiher abzuwerben, um ihnen dann weniger Geld zu zahlen. Andernfalls könnten sie bei Drauz nicht mehr arbeiten. Als der Betriebsrat dies erfahren hatte, hat er dafür gesorgt, dass der Verleiher keinen neuen Auftrag mehr bekommt.

Beispiel zwei: die Firma Weber in Güglingen. 22 Prozent der 660 Beschäftigten sind Leiharbeiter, rechnete Felix Bader bei der jüngsten Betriebsversammlung vor. Keiner von ihnen erhält den Metalltariflohn. Deshalb forderte der IG Metall-Sekretär unter Applaus: „Menschen zweiter Klasse darf es hier nicht geben.“ Zwar konnte der Betriebsrat bereits einige Übernahmen durchsetzen, berichtet Vorsitzender Nandor Karlowitz, doch die Quote sei immer noch viel zu hoch. Nicht zuletzt auf Druck des Betriebsrats will das Unternehmen jetzt im gewerblichen Bereich 30 Stellen mit unbefristeter Festanstellung schaffen. *aus metall 12/07*

## DIE LINKE kümmert sich um jeden Dreck

**Vor der letzten Kreistagssitzung mischte sich DIE LINKE ein mit dem folgenden offenen Brief zur Abfallwirtschaft im Landkreis. Die Heilbronner Stimme verschwieg die Aktion, deshalb dokumentieren wir den Brief und die Antwort im folgenden: (Red.)**

Sehr geehrter Herr Landrat Piepenburg!  
Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte!

Auf der ersten Sitzung des neu gegründeten Ortsverbandes Unterer Kocher – Untere Jagst haben wir uns getreu dem Motto „DIE LINKE kümmert sich um jeden Dreck“ ausführlich mit der Müllproblematik im Landkreis Heilbronn befasst und folgenden offenen Brief beschlossen:

Die Vergabe der Müllabfuhr durch die Kreisverwaltung an den billigen Dumping-Anbieter Zehner war sowohl aus sozial-, wie aus finanzpolitischen Gründen falsch. Es hat sich gezeigt, dass große Konzerne, die profitwirtschaftlich mit Rambomethoden geführt werden, nicht in der Lage sind für eine reibungslose, qualifizierte und nachhaltige Abfallentsorgung zu sorgen. Noch nicht einmal einen Kostenvorteil für die Bevölkerung können wir sehen und die „Kollateralschäden“ sind erheblich.

Bitte beantworten Sie uns dazu folgende Fragen:

1) Kleine, regionale Firmen, die die Müllversorgung vor ihrer Neuvergabe erledigten, zahlten ihre Beschäftigten nach Tarif. Durch ihre Entscheidung mussten diese Firmen schließen, bzw. Personal entlassen. Wie viele Arbeitslose wurden damit produziert, welche Kosten entstanden damit für die Beitragszahler?

2) Wie viel Arbeitslose und wie viele Fehlinvestitionen (Seitenlader u.a.) entstanden seit dieser Neuvergabe bis heute, durch viel-

fache Umstrukturierungen und Firmenverkäufe im Müllbereich?

3) 170 Beschäftigten des Müllentsorgers Zehner (ALBA-Gruppe) wird mit Entlassung gedroht, wenn sie nicht auf (bis zu 40%) ihrer Einkommen verzichten. Leiharbeitskräfte werden stattdessen ins Gespräch gebracht. Wie hoch wäre die Summe der Zuzahlungen (ALG II), bei derart mies bezahlten Leiharbeitskräften?

Sehr geehrter Herr Piepenburg, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte!

Nach der falschen und für die Allgemeinheit teuren Auftragsvergabe an den Dumpinganbieter Zehner ist Ihre Position des Aussitzens und des Verharrens in den falschen Verträgen nicht akzeptabel. Bevor im „Abfallkrieg“ um die billigste Lösung der privaten Müllentsorgung weitere Kollateralschäden entstehen, untersuchen Sie die Möglichkeiten einer Rekommunalisierung der Müllentsorgung im Landkreis Heilbronn, um eine qualifizierte, effiziente und nachhaltige Müllentsorgung zu gewährleisten.

In diesem Sinne unterstützt DIE LINKE auch entsprechend unseren Möglichkeiten die Beschäftigten der Firma Zehner in Ihrem Kampf gegen die Angriffe des Abfallkonzerns ALBA auf ihre Arbeitsbedingungen. Es zeigt sich hier, wie wichtig das von der LINKEN vorgeschlagene Tarifreugesetz ist. Die Vergaberichtlinien auch des Landkreises müssen entsprechend geändert werden.

Wir sagen Ihnen schon jetzt für einen

solchen Kurswechsel in der Müllpolitik jegliche Unterstützung zu im Kampf gegen die Profitorientierten Abfallmonopole, spätestens ab 2009 auch innerhalb des Kreistages.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Ortsverband Kocher Jagst von DIE LINKE, Hans Oette  
und für den Kreisverband Heilbronn-Unterland von DIE LINKE, Johannes Müllerschön

## Landrat Piepenburg antwortete DER LINKEN mit folgender Email:

„Sehr geehrter Herr Müllerschön, vielen Dank für Ihr Mail vom 14. Oktober 2007. Viele der von Ihnen angestellten Überlegungen und Gedanken waren auch Thema bei den Beratungen in unseren Kreisgremien. Aufgrund der eindeutigen Rechtslage war aber uns als öffentliche Verwaltung, keine andere Entscheidung möglich. Wir sind an Recht und Gesetz gebunden.

Die von Ihnen gestellten Fragen kann ich leider nicht beantworten, da das Landratsamt keinen Zugriff auf diese Firmendaten hat.

Freundliche Grüße  
Detlef Piepenburg, Landrat“

Diese Antwort kommentierte Johannes Müllerschön, einer der Sprecher des Kreisverbandes Heilbronn mit dem Fazit: „Zeit dass die „eindeutige Rechtslage“ für vernünftige Entscheidungen im Interesse der Einwohner des Landkreises und der Beschäftigten von Zehner geändert wird.“

(jom)



## Nein zu den Verträgen von Lissabon – Nein zum Reformvertrag

Zur Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon, des so genannten EU-Reformvertrages in Lissabon, erklärt Tobias Pflüger, Europaabgeordneter der LINKEN, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss (AFET),

Koordinator der Linksfraktion (GUE/NGL) im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE):

### Die Verträge von Lissabon sind abzulehnen

Diese Verträge übernehmen im Bereich neoliberaler Wirtschaftspolitik und Militärpolitik de facto alle relevanten und fatalen Teile aus dem 2004 in Frankreich und den

Niederlanden abgelehnten EU-Verfassungsvertrag.

### Start von Kampagnen gegen die Verträge von Lissabon

Notwendig ist nun eine breite Kampagne gegen die Verträge von Lissabon. In Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen in einer Vielzahl von EU-Mitgliedsländern muss diese Kampagne als Kernpunkte die

Ablehnung einer vertraglich festgeschriebenen Militarisierung und neoliberalen Wirtschaftspolitik in den Verträgen von Lissabon beinhalten. Eine bedeutende Rolle kommt dabei der Anti-Kriegs- und Friedensbewegung in Irland zu. Die irische Bevölkerung hat die Möglichkeit per Referendum den Reformvertrag abzulehnen. Deshalb werden wir die Anti-Kriegs- und Friedensbewegung in Irland unterstützen, damit der Reformvertrag dort abgelehnt und damit verhindert wird.

Für Referenden in den Mitgliedsstaaten Unterstützt werden sollen die Initiativen zur Durchsetzung von Referenden in allen EU-Mitgliedsstaaten. Dass fast keine Referenden über den Reformvertrag vorgesehen sind, zeigt, dass der Vertrag von Lissabon ein Vertrag der EU-Regierungen und der EU-„Eliten“ ist und nicht ein Vertrag der und für die Bevölkerungen in der Europäischen Union.

Weitere Informationen: <http://www.reformvertrag.de> PM Büro Pflüger

## Kabarett-Ausstellung

Vom 8.1. bis zum 26.1.2008 in der Heilbronner Volkshochschule / Vernissage am 8.1. mit Matthias Thiel (Deutsches Kabarettarchiv) und den GAUwahren

Anlässlich seines 40. Geburtstags im November 1987 hatte der Gymnasiallehrer und Schriftsteller Dr. Erhard Jöst die Idee, ein Kabarett zu gründen. Im Januar 1988 war es dann so weit: Die GAUwahren wurden geboren. Dem ersten Ensemble gehörte als Pianist Dr. Jörg Seeberger an, heute Leiter der Praxis für Nuklearmedizin und Kernspindtomographie im Heilbronner Neckarturm. Bereits 1996 hatten sich die GAUwahren einen Namen gemacht und wurden in das von Klaus Budzinski und Reinhard Hippen herausgegebene Kabarett-Lexikon aufgenommen. Seit zwölf Jahren spielen die GAUwahren, die ihre Texte selber schreiben, in gleicher Besetzung: Eva Schwindt-Läpple (Sängerin mit klassischer Ausbildung), Alexandra Müller (Realschullehrerin, Schauspielerin), Niklas Albrecht (Rechtsanwalt, Pianist, Darsteller und Texter), Ingo Kaiser (PR-Manager, Darsteller) und Erhard Jöst (Gymnasiallehrer, Texter, Darsteller und Leiter des Ensembles). In 18 Programmen und zwei Unterhaltungsrevuen haben die Kabarettisten scharfzüngige Angriffe auf die Lachmuskeln der Zuschauer gestartet, außerdem haben sie drei CDs (Kraft und Leben. Über Ludwig Pfau; wahnsinn.de, Kabarett-Doppel-CD; Viagra im Glas, Lieder-CD) und 2 DVDs produziert. Seit dem Jahr 2001 ist die Ebene 3 im K3 – Theaterforum Heilbronn ihre feste Spielstätte. Aus Anlass ihres zwanzigjährigen Bestehens präsentieren die GAUwahren in der Ebene 3 mehrmals ihr Best of – Programm. Außerdem haben sie beim Mainzer Kabarettarchiv die Wanderausstellung „Moral hin! Moral her? Kabarett in Wendezeiten (1983-2000)“ bestellt, die vom 8.1. bis zum 26.1.2008 in der Galerie der Heilbronner Volkshochschule im Deutschhof zu sehen sein wird. Die Vernissage zu der Ausstellung findet am Dienstag, 8.1., 19.00 Uhr, in der Heilbronner Volkshochschule statt, der Eintritt ist frei. Die GAUwahren werden Ausschnitte aus ihren letzten Programmen zeigen, den Eröffnungsvortrag wird Matthias Thiel vom Deutschen Kabarettarchiv in Mainz halten. Außerdem spricht Peter Hawighorst, VHS-Direktor, für die musikalische Unterhaltung sorgt das Elly-Salonorchester unter der Leitung von Andreas Benz. Höhepunkt der Feierlichkeiten anlässlich des GAUwahren-Geburtstags ist dann die satirische Lesung des Münchner Kabarettisten Dieter Hildebrandt am 25.1. in der Glaspiramide der Heilbronner Kreissparkasse. Die Kabarett-Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr, Einlass ist ab 19.00 Uhr. Dieter Hildebrandt wird Texte

aus „Nie wieder 80!“ vortragen, zuvor werden die GAUwahren die Zuschauer mit ausgewählten Liedern und Sketschen auf das Thema einstimmen. Vor Beginn der Veranstaltung wird ebenfalls das Elly-Salonorchester die Besucher mit flotter Musik unterhalten.

## Erhard Jöst Porträt zum 60. Geburtstag

Nach seiner mit dem Abitur abgeschlossenen Schulzeit in Mannheim studierte Erhard Jöst an der Universität Heidelberg Literaturwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Mit seiner Dissertation „Bauernfeindlichkeit. Die Historien des Ritters Neithart Fuchs“ lenkte er die Aufmerksamkeit der Germanisten auf die Tradition des mittelalterlichen Minnesängers Neidhart. Zur Öffnung des Dichtergrabens an der Außenwand des Wiener Stephandoms im Jahr 2000 wurde er als Experte hinzugezogen und lieferte zu dem anschließend publizierten wissenschaftlichen Sammelband verschiedene Textbeiträge. Folgenreich waren auch seine Forschungen über den in Dresden geborenen „Heldendichter“ Theodor Körner: 1997 wurde Jöst in die Kommission zur Umgestaltung des Theodor-Körner-Museums in Wöbbelin bei Schwerin berufen. Die Gedenkstätte wurde nach seiner Konzeption neu eingerichtet und der Vortrag, den er zu ihrer Neueröffnung hielt, liegt heute als broschierter Museumsführer aus. Nach seiner Referendarzeit in Karlsruhe, Schwetzingen und Mannheim unterrichtete Dr. Erhard Jöst am Deutschorden-Gymnasium in Bad Mergentheim, war dort auch politisch tätig und wurde in den Stadtrat gewählt. Einige der von ihm in der Kurstadt moderierten Veranstaltungen machten bundesweit Schlagzeilen, beispielsweise die Kabarett-aufführungen mit Dietrich Kittner und Dieter Hildebrandt sowie die Diskussion mit dem General Gert Bastian, die zu einer Anfrage im Bundestag und weiteren Aktionen führte. Weil er 1980 in seiner Hochzeitsanzeige Heinrich Heine zitierte, wurde Jöst auf Anordnung des damaligen Kultusministers Gerhard Mayer-Vorfelder zum ersten Mal „strafversetzt“, und zwar von Mergentheim nach Heilbronn. Die zweite Strafversetzung erfolgte 1995 wegen Personalrats-tätigkeit, blieb aber quasi in der Familie: Jöst wurde innerhalb der Stadt Heilbronn vom Theodor-Heuss-Gymnasium ans Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium versetzt. Dort unterrichtet er die Fächer



Deutsch, Geschichte, Politik und Ethik. Als Literaturwissenschaftler und Schriftsteller hat er sich mit der Veröffentlichung von einem Dutzend Büchern, mehr als einhundert Fachaufsätzen und Unterrichtsmodellen, außerdem von zahlreichen Gedichten, Sketschen und Kurzgeschichten in Zeitschriften und Anthologien einen Namen gemacht. Jahrelang fungierte Jöst als stellvertretender Kreisvorsitzender der GEW und Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien in Heilbronn; er ist erster Stellvertreter im Bezirkspersonalrat der Lehrer an Gymnasien in Stuttgart. Im Jahr 1987 wurde er als Verfasser einer Landeshymnen-Persiflage wegen seiner Dichtkunst in einer „Staatsaktion“ auf Verfassungstreue überprüft. Er wirkte bei verschiedenen Fernseh- und Rundfunksendungen mit. Im Februar 1988 gründete er das Heilbronner Kabarett „GAUwahren“, das seither scharfzüngige Lach- und Denkanstöße gibt. Die GAUwahren treten mit ihrem aktuellen Programm monatlich in der Ebene 3 im Heilbronner K3-Theaterforum auf und geben Gastspiele. Sie produzierten bisher 18 Programme, 3 CDs und 2 DVDs. Aus Anlass ihres zwanzigjährigen Bestehens präsentieren sie eine GemEinheitsNacht, ein Best-of-Programm, im Januar 2008 eine Kabarett-Ausstellung in der VHS und am 25.1. eine satirische Lesung mit Dieter Hildebrandt in der Glaspiramide der Kreissparkasse. Erhard Jöst ist verheiratet mit Christel Banghard und hat eine 26 Jahre alte Tochter Julia, die in Los Angeles lebt. Er ist unter anderem Mitglied der SPD, GEW, im Schriftstellerverband und bei den Naturfreunden. Am 22.11.2007 feierte er seinen 60. Geburtstag.



**Freitag, 28.12.07**

*Best-of-Programm“ der Gauwahlen* anlässlich des 20-sten Geburtstags. Im K3 (3. Stock) Jazz-Café Cave. 20 Uhr

**Montag, 31.12.07**

*Silvesterfeier der Montagsdemo.* Frauenräume in der Zigarre (Achtungstrasse). 20 Uhr

## Montagsdemo im Dezember

Die Heilbronner Montagsdemo gegen Hartz IV und die Agenda 2010 führt im Dezember ihre Kundgebungen mit Offenem Mikrofon aufgrund des Weihnachtsmarkts in der Kirchbrunnenstraße vor dem Deutschordensmünster durch. Die Kundgebungen mit vielfältigen kulturellen Beiträgen und offener Aussprache finden jeweils montags von 17:30 Uhr bis 18:30 Uhr statt.

Am **24. Dezember** und am **31. Dezember** wird **keine Montagsdemo** organisiert.

Die Montagsdemonstranten laden dafür zum Mitgestalten einer gemeinsamen Silvesterfeier ein, welche in den Frauenräumen in der Achtungstraße in Heilbronn ab 20 Uhr als Jahresabschluss gefeiert wird.

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeit dazu bei: Dieter Schweizer, 07131-254983, artolu@web.de

**Dienstag, 8.1.08**

*Eröffnung der Kabarett-Ausstellung in der VHS – Galerie* (mit den Gauwahlen)

**Donnerstag, 10.1.08**

*Treffen des Friedensrates.* Gaststätte Kerner Höhe – Hesser (Wollhausstrasse 111). 20 Uhr

**Dienstag, 15.1.08**

*Mitgliederversammlung „Die Linke“.* ASV-Heim, Wertwiespark. 19.30 Uhr

**Freitag, 25.1.08**

*Satirische Lesung „Nie mehr 80“ mit Dieter Hildebrandt.* In der Glaspypyramide der Kreissparkasse (Wollhausstrasse).

**Montagsdemo**

Jeweils 17.30 Uhr in der Kirchbrunnenstrasse (s. a. Kasten)

*Karl-Heinz Dellwo*

## Das Projektil sind wir!

**Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen**

Karl-Heinz Dellwo erzählt über die RAF jenseits von Verdammung und Verklärung. Dabei stellt er sich der ernüchternden Erkenntnis, dass „wir immer Gruppe blieben und nie Bewegung wurden“ (Dellwo). Doch er verschweigt auch nicht, dass viele von der Revolution träumten, für die die RAF zu den Waffen griff. Dellwo erzählt die Stationen seines Lebens: Der

**Impressum:** Herausgeber: Kommunalen ALLtag Heilbronn, Personenbündnis Alternative Linke Liste (ALL). **Redaktionsadresse:** Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. Nr. 07136/42 80 • V.i.S.d.P. für diese Ausgabe: Johannes Müllerschön. **Verlag:** GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel: 0711/62 47 01.



Sprung des Jugendlichen aus der Lehre in die Hausbesetzerszene, der erste Gefängnisarrest. Danach der Weg ins „Kollektiv RAF“. Der unumkehrbare Schritt in die Illegalität. Nach dem blutig gescheiterten Versuch, die gefangenen RAF-Genossen durch die Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm freizupressen (bei dem zwei Botschaftsangestellte und zwei Besetzer getötet werden), wird er verhaftet und zu zwei Mal lebenslanglich verurteilt. Nach zwanzig Jahren kommt er 1995 frei. „Ich befand mich im Krieg – gegen die BRD“, sagt Dellwo. Im Gefängnis hieß das: Isolation, Geräuschlosigkeit,

Verweigerung jedes Gesprächs mit Vertretern der Anstalt, Hungerstreiks. „Eine andere Sprache sprach aus ihrer Hysterie“, heißt es in einem Stück der Goldenen Zitronen über die RAF. „Denn ob es Millionen würden / war durchaus nicht klar.“ Dieses Buch macht den Versuch, über jene verlorene Hysterie zu sprechen. **Karl-Heinz Dellwo wird aus dem Buch am Mittwoch, den 16.1.08 auf Einladung des Club Alpha 60 im Alten Schlachthaus im Schlachtsaal in Schwäbisch Hall lesen und anschließend diskutieren. Beginn der Veranstaltung ist 20 Uhr.**

## Ja, ich abonniere den Kommunalen ALLtag

- Eine Probenummer gratis
- 6 Ausgaben zum Preis frei Haus von 10,75 €
- ein Jahresabo zum Preis von 21,50 €, frei Haus
- Sozialtarif 1 Jahr 13,80 € für Menschen mit geringem Einkommen
- ein Förderabonnement frei Haus zum Preis von ..... €

.....  
Vorname, Name

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

Ich erteile eine jederzeit widerrufbare Einzugsermächtigung

.....  
Bank / Bankleitzahl

.....  
Kontonummer

.....  
Unterschrift

Hinweis: Vor Ablauf des Abos wird eine Rechnung zugesandt. Wer die bezahlt, erhält den Kommunalen ALLtag weiter, wer das nicht möchte macht eine kurze Mitteilung. Umzüge sowie bei Bankeinzug eventuelle Kontoänderungen bitte dem Verlag mitteilen.  
Einsenden an: GNN Verlag Süd, Postfach 600230 70302 Stuttgart..

Hinweis: Die Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.